

Basta!

Nr. 1 / März 2008

Basels starke Alternative

Die Situation im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut

Unhaltbare Zustände

Das Ausschaffungsgefängnis Bässlergut kommt seit einigen Monaten nicht mehr aus den negativen Schlagzeilen. Berichte über zahlreiche Brände, die von den Häftlingen aus Verzweiflung über ihre Lage gelegt wurden, wechseln sich ab mit Geschichten über die schlechte Stimmung im Gefängnis und die kollektiven Strafmassnahmen, die als Reaktion auf die Brände verhängt wurden.



Tatsache ist, dass es im Bässlergut von August bis Dezember 2007 insgesamt sechsmal gebrannt hat. Tatsache ist auch, dass es in keinem der anderen Ausschaffungsge-

fängnisse der Schweiz nur annähernd so oft gebrannt hat.

Nach den Bränden wurden die Haftbedingungen für alle Insassen jeweils drastisch verschärft. Die Häftlinge durften bis zu einer Woche lang ihre Zellen nicht verlassen, ihren Anwälten und Angehörigen nicht telefonieren und keinen Besuch empfangen. Nach dem dritten Brand im November wurde die Besuchszeit auf eine Stunde pro Tag eingeschränkt und ausser der Bibel und dem Koran waren keine Bücher und Zeitschriften in den Zellen mehr erlaubt.

Die zahlreichen Brände (die genaue Anzahl war damals noch nicht bekannt) und die Berichte über die daraufhin ergriffenen

Massnahmen gegenüber den Häftlingen waren für mich Anlass, Anfang Dezember eine Interpellation „betreffend Kollektivstrafen und restriktive Haftbedingungen im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut“ mit insgesamt 10 Fragen an den Regierungsrat einzureichen. Unter anderem bat ich um eine Erklärung für die Brände im Bässlergut. Ich fragte die Regierung, ob sie auch der Meinung sei, dass allzu restriktive Haftbedingungen in Verbindung mit der auswegs- und perspektivlosen Situation und der langdauernden Haft ein Auslöser für Verzweiflungstaten sein können und ich erkundigte mich nach Möglichkeiten, die Situation der Häftlinge, die ja Administrativhäftlinge und keine Strafhäftlinge sind, grundsätzlich zu verbessern.

Die Interpellation sollte erst im Januar schriftlich beantwortet werden, doch kurz vor Weihnachten spitzte sich die Situation im Bässlergut erneut zu. BesucherInnen berichteten, dass das Bücherverbot noch immer strikte gilt und dass sogar Weihnachtskarten nicht an die Häftlinge ausge-

Fortsetzung Seite 2

Multitionen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Weiter im Text



Schwerpunktthema Wohnungspolitik
Drei Artikel beleuchten unterschiedliche Aspekte der Basler Wohnungspolitik und weisen auf fortschrittlichere Lösungen in Zürich hin.

Seiten 4, 5 und 6

Steuern für Superreiche senken?
Unter dem Druck des Steuerwettbewerbs sah sich auch Basel gezwungen, die Steuern zu senken. Doch Basel wählte einen eigenen Weg.

Seite 2

Rayonverbote auch in Basel
Grundrechte haben zur Zeit einen schweren Stand. Nun wird auch in Basel ein Wegweisungsartikel diskutiert.

Seite 3

Interview mit Brigitta Gerber
Brigitta berichtet über ihre Erfahrungen als Ratspräsidentin und verrät, wo es den besten Wein gab.

Seite 7

Satirische Kolumne
Carlsberg City ist für die Euro 08 gerüstet.

Letzte Seite

Steuern für Superreiche senken? Basel wählt einen anderen Weg!

Das Steuersenkungs-Karussell dreht sich immer schneller. Der unsoziale Steuerwettbewerb unter den Kantonen mit dem Ziel, gut betuchte Steuerzahler anzulocken, nimmt immer absurdere Formen an. Die Solidarität zwischen Reich und Arm bröckelt. Im Kampf gegen diese Entwicklung ist BastA! auf Verbündete angewiesen.



Der Kanton Basel-Stadt kam infolge des Steuerwettbewerbs ebenfalls unter Druck, die Steuern zu senken. In Franken ausgedrückt profitieren auch in Basel die Reichen am meisten

vom kürzlich verabschiedeten Steuerpaket. Die Reduktionen bei der Vermögens- und der Unternehmenssteuer waren zwar unnötig, sind aber gewissermassen der Preis für eine Basler Kompromisslösung, die auf der anderen Seite eine massive Verbesserung für Einkommen unter Fr. 100'000.- bringt.

Hier lohnt sich ein kurzer Rückblick. 2003 fand das erste Basler Sozialforum statt. Eine der Arbeitsgruppen setzte sich mit Fragen zu Armut und Sozialhilfe auseinander. Ein zentraler Punkt der Diskussion war, dass Menschen, die knapp über dem Existenzminimum leben, wegen der Steuerbelastung in unserem Kanton weniger zum Leben zur Verfügung haben als BezügerInnen von Sozialhilfe. Für BastA! war klar, dass hier Handlungsbedarf besteht. Christine Keller (SP) und ich reichten gemeinsam einen Vorstoss ein mit der

Forderung, dass das Existenzminimum nicht mehr besteuert wird.

Heute, vier Jahre später, können wir mit Befriedigung feststellen, dass unsere Forderung erfüllt ist. Gemäss dem neuen Steuergesetz beginnt die Steuerpflicht für Alleinstehende bei Fr. 25'000 statt wie bisher bei Fr. 12'500, für Ehepaare mit 2 Kindern bei Fr. 65'000 statt Fr. 40'000. Für Ehepaare mit zwei Kindern reduzieren sich die Steuern bis zu einem Einkommen von Fr. 150'000 um rund Fr. 3'000.

Der Preis für diese sozialen Errungenschaften ist hoch. 150 Millionen Franken Steuereinnahmen verliert der Staat jährlich. Wir waren in der Beratungsphase des neuen Gesetzes der Ansicht, 100 Millionen sind genug, und forderten die Rücknahme der Steuersenkungen bei der Vermögens- und der Unternehmenssteuer. In beiden Bereichen ist Basel-Stadt nämlich auch mit den bisherigen Sätzen konkurrenzfähig. Leider liess sich die SP einmal mehr in einen Deal mit den Bürgerlichen ein, um ja nicht als wirtschaftsfeindlich abgestempelt zu werden. Die SP sollte spätestens jetzt merken, dass solches Entgegenkommen nicht belohnt wird. Kaum war das Steuerpaket geschnürt und verabschiedet, lancierten FDP und CVP je eine Initiative für

weitere Steuersenkungen und diskreditierten damit den hart umkämpften Kompromiss. Dass allein die Misswirtschaft bei der UBS Basel-Stadt mehrere Dutzend Millionen kostet, kümmert die Bürgerlichen wenig.

Die aktuelle finanzielle Situation unseres Kantons ist gut. Die Schuldenbremse, die in Basel am Bruttosozialprodukt ausgerichtet ist, lässt derzeit einen finanziellen Spielraum von weit über 500 Millionen Franken zu. Sozialpolitische Projekte, Energiesparmassnahmen, Investitionen in die Bildung, Ausbau des öffentlichen Verkehrs etc. wären finanzierbar. Doch genau das wollen die Bürgerlichen nicht und drehen daher weiter an der Steuersenkungsschraube.

Noch ein Nachtrag zur Debatte im Grossen Rat: Bei der Dividendenbesteuerung wollten die Bürgerlichen eine noch stärkere Reduktion durchsetzen. Die Abstimmung ergab eine Pattsituation, 60 : 60, also musste Grossratspräsidentin Brigitta Gerber den Stichentscheid geben. Ihre Stimme ersparte dem Kanton Steuerausfälle von jährlich rund 3 Millionen Franken. Wohl noch nie konnte BastA! so direkt Einfluss auf die Basler Finanzpolitik nehmen.

Urs Müller

Bässlergut (Fortsetzung)

hündigt werden. Daraufhin protestierte die Fraktion Grünes Bündnis öffentlich gegen diese gerade für die Weihnachtstage sehr einschneidende Massnahme und forderte das Sicherheitsdepartement auf, menschliche Lösungen zu ermöglichen. Das Sicherheitsdepartement (SID) reagierte auf diesen Protest mit der Meldung, dass das Bücherverbot im Bässlergut kurz vor Weihnachten aufgehoben worden sei und dass es kurz darauf wieder gebrannt habe. Der Schwarze Peter wurde damit einfach den Häftlingen zugeschoben, die nach Meinung

des SID selber schuld sind, dass ihre Haftbedingungen verschärft werden.

Die Beantwortung der Interpellation bestätigte dieses Bild vollumfänglich. In der Einleitung wurde darauf hingewiesen, dass das Ausschaffungsgefängnis seit 2000 in Betrieb sei und „bis vor kurzem stets ein ruhiger und ordnungsgemässer Gefängnisbetrieb gewährleistet werden konnte“. Die Gründe, warum es von August bis Dezember mehrfach gebrannt hatte, „konnten bislang nicht vollständig eruiert werden und bleiben vielleicht für immer unklar“. Als einzig mögliche Erklärung werden Protestaktionen vor dem Bässlergut „und andere provozierende Einflüsse von aussen“ bemüht.

In meiner Stellungnahme erklärte ich mich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt und versuchte aufzuzeigen, dass eine wichtige Ursache für die schlechte Stimmung im Ausschaffungsgefängnis darin liegt, dass die Häftlinge nicht verstehen können, warum sie so lange in Haft sind. Hier besteht klarer Handlungsbedarf bei der Kommunikation. Ebenso appellierte ich an die Regierung, die Häftlinge ernst zu nehmen und auch die Aufseher mehr zu unterstützen, damit sich die Situation im Bässlergut beruhigen kann. Die Interpellation ist hiermit erledigt, doch das Thema ist nicht vom Tisch. Basel-Stadt als rot-grün regierter Kanton kann das sicher besser!

Heidi Mück

Rayonverbote auch in Basel

Grundrechte in Gefahr

Die Grundrechte werden in Basel in diesen Tagen arg strapaziert. An der Herbstmesse werden Jugendlichen Rayonverbote ausgesprochen. Wenige Wochen später werden PassantInnen von der Polizei festgenommen und teilweise stundenlang festgehalten, weil sie möglicherweise an einer möglicherweise stattfindenden Anti-Wef-Demonstration teilnehmen wollen. Im Sicherheitsdepartement wird daran gearbeitet, einen Wegweisungsartikel für das Polizeigesetz zu formulieren.



Ein solches Gesetz ist in den Kantonen Bern, Zürich und Graubünden bereits Realität, in vielen Städten ebenfalls (St. Gallen, Winterthur, Luzern) und überall umstritten. Wegweisungen sind ein bedeutender Eingriff in die Freiheitsrechte, diskriminierend und werden allzu oft zur „City-Pflege“ eingesetzt. Es werden AlkoholikerInnen und Junkies weg gewiesen. In diesen Fällen ist es speziell stossend, ineffizient und kriminalisierend. Die Betroffenen stehen am nächsten Tag wieder da, werden erneut weggewiesen, bekommen eine Busse aufgebremmt, die sie oft nicht begleichen können und die schliesslich in Gefängnis umgewandelt wird. In Bern werden im Jahr ungefähr 300 Wegweisungen ausgesprochen. Seit der Inkraftsetzung der Bestimmung 1998 waren es ca. 4500.

Wegweisungen sind keine harmlose Sache. Sie geschehen, ohne dass Beweise oder ein Urteil vorhanden wären. Die Unschuldsumvermutung ist ausser Kraft gesetzt. „Es könnte sein, dass ein Jugendlicher an der Herbstmesse eine Schlägerei vom Zaun bricht, es könnte sein, dass Personen sich zu einer Demonstration einfinden, es könnte sein, dass Fussballfans gewalttätig werden.“ Mit Rayonverboten werden die Grundrechte auf Bewegungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Die Polizei entscheidet vor Ort, wen es betrifft.

Wir sind gespannt, welche Formulierung das Sicherheitsdepartement vorschlägt. Der leitende Jugendanwalt Beat Burkhardt versuchte mit seinen Wegweisungen an der Herbstmesse, Jugendliche vor sich selbst zu schützen und zu verhindern, dass man sie in Haft setzen müsse. Sein Ziel war, präventiv tätig zu sein und mit der Wegweisung zu verhindern, dass ihm bekannte Jugendliche, von denen er wusste, dass sie bereits delinquent waren, eine Straftat begehen. Er bezog sich darauf,

eine weniger starke Massnahme als Haft auszusprechen und deswegen rechtlich abgesichert zu sein. Diesen Zusammenhang hat er uns an einer Koordinationssitzung glaubhaft und nachvollziehbar dargelegt. Leider hat er damit eine Lawine losgetreten, von der wir hoffen, dass sie nicht zu neuen gesetzlichen Bestimmungen führt, die „City-Pflege“ im Stile Berns möglich macht.

Irene Amstutz

Wahlen-Zahlen oder zahlen Wahlen?

Das Grüne Bündnis ist mit 17 Sitzen nach SP und FDP drittgrösste Fraktion in der laufenden Legislaturperiode. Durch die Verkleinerung des Grosse Rates von 130 auf 100 Sitze werden die Gesamterneuerungswahlen vom 14. September 2008 besonders spannend. Um die bisherige Sitzzahl halten zu können, müsste das Grüne Bündnis nochmals um 2 bis 3 Prozentpunkte zulegen. Vielleicht gelingt uns das ja auch, nicht zuletzt dank des frischen Windes, den das Junge Grüne Bündnis in die Kampagne bringt. Liebes BastA!-Mitglied, melde dich auf dem Sekretariat, wenn du Interesse an einer Kandidatur hast.

Karin Haeblerli



Nach den heftigen Diskussionen um Tötungsdelikte mit Armeewaffen musste Bundesrat Schmid offensichtlich Wehrwille bezeugen. Ab dem 1. Januar 2008 sollen die Soldaten mit durchgeladener Waffe auf die Wache.

Schon 1980 wurde zur Disziplinierung der Soldaten der Wachbefehl verschärft. Der Protest dagegen sowohl von Seiten der Soldaten wie der Bevölkerung war breit. In Basel demonstrierten am 25.6.1980 36 Soldaten ihre Waffen im Rathaus. Die verschiedenen Proteste wurden mit heftiger Repression verfolgt: Für die „Aktion Gwehr abgä“ in Basel wurden Soldaten mit bis zu 45 Tagen Gefängnis unbedingt bestraft! Für die Militär Richter war die Protestaktion „Ungehorsam“ und „Missbrauch und Verschleuderung von Armeematerial“. Der wahre Missbrauch der Armeewaffen ist leider oft tödlich. Wir unterstützen deshalb die Proteste gegen den „Wachbefehl Schmid“ und fordern: „Aktion Gwehr abgä – Armeewaffen und Munition ins Zeughaus“. (Bild: „Aktion Gwehr abgä“ 1980. Foto: Claude Giger)

Preisgünstigen Wohnraum fördern!

Wohnungspolitik

Zürich gilt als Musterbeispiel für die Förderung des gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbaus. Darüber hinaus besitzt die Stadt eine Reihe von Sozialwohnungen, die nach Einkommenskriterien günstig an Familien vergeben werden. Wie steht es in Basel damit? Eine Bestandesaufnahme und ein Rückblick.



Mit der Umbenennung der ZLV in „Immobilien Basel-Stadt“ hat der Regierungsrat im Sommer 2007 die Immobilienbewirtschaftungsstrategie des Kantons präsentiert. Den ersten Schritt weg von „sozialen Wohnungen“ hat der Regierungsrat aber bereits viel früher gemacht. Im Januar 1994 hat der Grosse Rat beschlossen, im Rahmen einer Änderung des Mietbeitragsgesetzes die 1000 günstigen Kommunalwohnungen aufzuheben und deren Mietzinse, die auf Kostenfaktoren basierten, in zwei Etappen auf ein Marktmietzinsniveau anzuheben. An die Stelle der „Objekthilfe“ trat die sogenannte „Subjekthilfe“.

Das geänderte Mietbeitragsgesetz sieht vor, dass Mietzinsbeiträge an einkommensschwache Mieterinnen und Mieter mit mindestens einem Kind ausgerichtet werden, auch wenn sie von Privaten eine Wohnung gemietet haben. Damit wollte man verhindern, dass Familien wegen hoher Mieten auf Sozialhilfe angewiesen sind. Vorgesehen war eine Plafonierung bei höchstens 1500 Mietzinsbeiträgen.

Heute werden lediglich 220 Mietzinsbeiträge ausgerichtet. Es ist aber falsch zu denken, dass kein Bedarf besteht. Die Hürde, Mietzinsbeiträge zu erhalten, ist sehr hoch. Hinzu kommt, dass das Angebot „Mietzinsbeiträge“ wenig bekannt ist und dass viele finanzschwache Haushalte direkt über die Sozialhilfe den Mietzins finanzieren.

Eine Revision des Mietzinsbeitragsgesetzes ist im Rahmen eines Ratschlages vom Oktober 2007 betreffend die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen vorgesehen. Nach dieser Revision – so ist zu befürchten – werden die Mietzinsbeiträge kleiner ausfallen beziehungsweise noch weniger Beiträge gewährt werden.

Eine eigentliche kantonale Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gibt es in Basel nicht. Das Wohnförderungsgesetz (WFG) regelt nur die Vergabe von Bundesmitteln. Dieses Gesetz steht ebenfalls im

Rahmen des Ratschlages zum Harmonisierungsgesetz zur Diskussion.

Bis zum 31. Dezember 2001 regelte das WEG (Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz) die Wohnbauförderung. Dieses Modell ist gescheitert. Das WEG konnte der Kostenexplosion im Bausektor Ende 80er/Anfang 90er Jahren nicht standhalten. Anstelle des WEG ist am 1. Oktober 2003 das Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz) in Kraft getreten. Dieses Gesetz regelt die Vergabe von zinslosen bzw. zinsgünstigen Direktdarlehen. Die dafür vorgesehenen Summen wurden für das Jahr 2004 auf 76,2 Millionen, für 2005 auf 114,1 Millionen und für 2006 auf 138,6 Millionen festgelegt. Kaum war das Gesetz in Kraft getreten, hat das eidgenössische Parlament im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 beschlossen, bis Ende 2008 die Mittel für Direktdarlehen zu streichen. Erfahrungen mit diesem neuen Gesetz sind also noch keine vorhanden. Trotzdem soll das entsprechende kantonale Gesetz nicht angepasst, sondern – ohne eine einzige

Überlegung, wie eine kantonale Förderung von günstigem Wohnraum aussehen könnte – ersatzlos gestrichen werden.

Heute besteht die kantonale Wohnbauförderung einzig in einem Impulspro-

Eine eigentliche kantonale Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gibt es in Basel nicht.

Begriffsklärungen

Die Subjekthilfe ist staatliche Unterstützung, die direkt den Mietern bzw. Wohnungseigentümern zur Wohnkostensenkung zuteil wird. In Basel durch das Mietbeitragsgesetz geregelt.

Bei der Objekthilfe erstellt der Staat selbst Wohnraum oder gibt ihn zu verbilligten Preisen ab oder verbilligt ihn durch Subventionen.

Gemeinnützige Wohnbauträger sind nicht profitorientierte Bauträger, die Wohnungen erstellen und zu Kostenmieten vermieten, unabhängig von der Rechtsform.

Schwerpunktthema Wohnungs- und Mietzinspolitik

Eine Arbeitsgruppe von BastA! hat sich in den letzten Monaten intensiv mit dem Thema Wohnungs- und Mietzinspolitik in Basel beschäftigt. Das Resultat dieser Debatten und Recherchen präsentiert die Arbeitsgruppe hier in drei Artikeln, die unterschiedliche Aspekte des Themas beleuchten.

Die Redaktion

gramm für Investoren. Das Ziel ist, innert 10 Jahren (ab 2001) 5000 „zeitgemässe“ Wohnungen für gehobene Ansprüche – sprich für gute SteuerzahlerInnen – zu bauen. „Logis Bäle“ ist die Drehscheibe dieses Programms. Jahrelang wurde der Regierungsrat nicht müde zu wiederholen, dass Luxuswohnungen einem Bedürfnis entsprechen. In diese Richtung zielten beispielsweise auch die ursprünglichen Absichten, das Areal Kinderspital zu verkaufen, denn dort, am Rhein, sollte attraktivster Wohnraum entstehen. Dies wäre laut Behörden aber nur möglich, wenn private Investoren auch vollumfänglich über den Boden verfügen könnten. Damit würde eine der wenigen Landreserven, die noch der öffentlichen Hand gehören, verkauft.

BastA! wurde ebenfalls nicht müde, die Ausrichtung von „Logis Bäle“ immer wieder zu kritisieren. BastA! verlangte stärkere Anstrengungen im preisgünstigen Mietzinssegment. Seit kurzem sind von Seiten der Regierung neue Töne zu hören. Im neusten Politikplan heisst es: „Das Stadtwohnen soll für verschiedene Wohnsegmente gefördert werden (gehobene Wohnansprüche, urbanes Wohnen im mittleren Segment, Genossenschaften für Familienwohnungsbau)“. In der Aufzählung taucht der Begriff „Genossenschaft“ bezeichnenderweise erst an dritter Stelle auf, und nur im Zusammenhang mit Familienwohnungen. Wichtig ist trotzdem, dass Genossenschaften überhaupt zum erstenmal seit mehreren Jahren wieder Erwähnung finden. Dies ist ein kleiner Anfang. Wir bleiben dran.

Patrizia Bernasconi

Auch in Zürich tauchte bei Hausbesetzungen und MieterInnenaktivitäten immer wieder die Parole auf: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen“. Dieser Kampfruf stammt aus der Flugschrift „Der hessische Landbote“ aus dem Jahr 1834. Georg Büchner, der Verfasser dieser klassenkämpferischen Schrift, musste fliehen und starb schliesslich 1837 im Exil in Zürich. 70 Jahre später schrieb der Zürcher Stadtrat in einer Weisung zur Wohnungspolitik: „Unter der Wohnungsnot leiden direkt oder indirekt sämtliche Bevölkerungsklassen, vor allem aber die Klassen mit niedrigem Einkommen, die Lohnarbeiter“.



Diese aus heutiger Sicht erstaunlich radikal wirkende Formulierung kam sicherlich unter dem Druck der aufstrebenden Arbeiterbewegung zustande.

Das verbreitete Wohnungselend wurde zum politischen Thema gemacht. So entschloss sich die Stadt Zürich in einer breiten politischen Koalition von FDP bis SP, die Wohnbauförderung zu einem Pfeiler der kommunalen Politik zu machen. In einer Gemeindeverordnung vom September 1907 wird die Stadt verpflichtet, „die Erstellung gesunder und billiger Wohnungen zu fördern“. Dahinter stand auch die Erkenntnis, dass gute Wohnungspolitik der sozialen Integration dienen und die Spaltung der Bevölkerung abschwächen kann.

Diese Weichenstellung im Jahr 1907 bedeutete auf jeden Fall den Beginn einer Erfolgsgeschichte des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Dabei spielten verschiede-

ne AkteurInnen eine wichtige Rolle: Die Stadt, die selbst als Bauherrin auftrat, Wohnbaugenossenschaften ebenso wie Stiftungen und andere gemeinnützige Wohnbauträger. Über die ganzen 100 Jahre dieser Entwicklung war es doch immer wieder die Stadt, die mit gesetzlichen Grundlagen und finanziellem Einsatz Impulse gab. Damit ging Zürich nicht den Weg von der „Objekthilfe“ zur „Subjekthilfe“ wie viele andere Städte (auch Basel). Statt mit Sozialhilfegeldern im Markt überbiete Mieten zu bezahlen, blieb man dabei, direkt in den gemeinnützigen Wohnungsbau zu investieren. Als gemeinnützig gelten dabei nur jene Wohnungsträger, die das Prinzip der „Kostenmiete“ anwenden und somit keinen Gewinn mit der Vermietung der Liegenschaften anstreben. Zürich kann heute überzeugende Zahlen präsentieren. Gemeinnützige Wohnbauträger besitzen in der Stadt 50'000 Wohnungen und haben damit einen Marktanteil von 25%. Die durchschnittlichen Mietpreise von Fr. 149.– pro m² und Jahr bei genossenschaftlichen und Fr. 161.– bei kommunalen Wohnungen liegen

deutlich unter den 221 Franken bei profitorientierten Besitzern. (Stand 2000).

Im Gegensatz zu Basel, wo der gemeinnützige Wohnungsbau vor Jahrzehnten zum Stillstand kam, gibt es in Zürich eine hohe Kontinuität in der Entwicklung. Auch in den letzten 11 Jahren kamen 22% der neu erstellten Wohnungen aus diesem Segment. Was weiter positiv auffällt, ist die architektonische Qualität vieler Bauten und die Anpassung der Grundrisse an die veränderten Wohnformen. So gibt es auch Angebote für WG's, Grossfamilien und altersgerechtes Wohnen. In Zürich wird zwar auch den Palästen gefrönt, nebenbei und mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit wurde aber seit 100 Jahren auch „günstiges und gesundes“ Wohnen gefördert.

Richard Spillmann

Literatur:

„Mehr als Wohnen. Gemeinnütziger Wohnungsbau in Zürich 1907-2007“, gta-Verlag Zürich, Fr. 58.—
www.svw-zh.ch

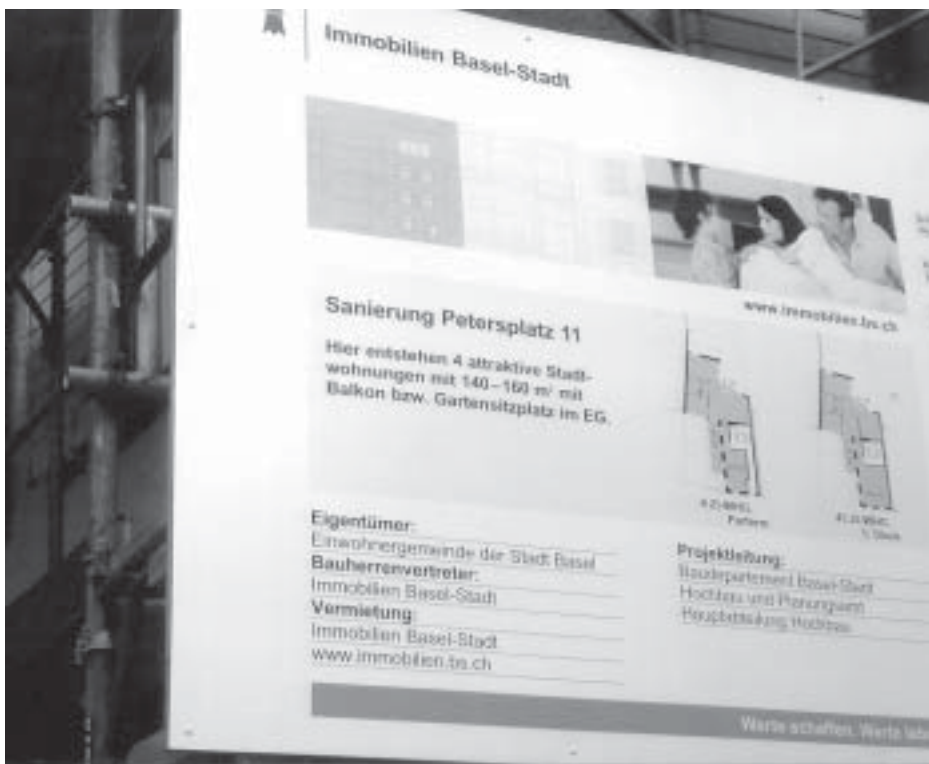
Einen weiteren Artikel zum Schwerpunktthema Wohnungspolitik finden Sie auf der nächsten Seite

Werde Mitglied!

Ist dein Interesse an unserer Politik erwacht? Möchtest du unsere Politik aktiv mitgestalten? Zögere nicht, dich auf dem Sekretariat zu melden. Du bist jederzeit als Mitglied willkommen. Auf unserer Homepage findest du weitere Informationen zu Basta! Die Adresse lautet:

www.basta-bs.ch

Das Sekretariat ist von Montag bis Donnerstag zwischen 10.00 und 13.00 Uhr besetzt, doch ist der Sekretär des öfters auch ausserhalb dieser Präsenzzeiten im Büro anzutreffen. Telefon: 061 691 16 31 oder E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch.



Die neue Ausrichtung der städtischen Immobilienbewirtschaftung zeigt sich am Petersplatz 11. Wo während Jahrzehnten Platz für Wohngemeinschaften war, wird jetzt luxussaniert. (Foto: Richard Spillmann)

Für eine soziale Wohnungspolitik in Basel

Schwerpunktthema

Wohnungspolitik scheint heute in Basel – zumindest oberflächlich betrachtet – kein grosses Thema mehr zu sein. Die Zeiten der Hausbesetzungen, Kampagnen und Wohnungsnot-Demos der späten achtziger und frühen neunziger Jahre sind längst vorbei, nur ab und zu kommt es noch zu vereinzelt marginalisierten Besetzungsversuchen wie in der Villa Rosenau oder im ehemaligen Hotel am Cityring. Auf der offiziellen politischen Agenda dominieren heute andere Themen wie Klimawandel, Integration oder die Situation auf dem Arbeitsmarkt.



Nach der Immobilienkrise Mitte der neunziger Jahre hatte sich die Situation auf dem Immobilienmarkt auch in Basel entspannt: die Mietpreise blieben stabil, institutionelle Anleger

und Immobilienhaie zogen sich teilweise vom städtischen Markt zurück, weil die Agglomeration oder Anlagen an der Börse interessanter waren. Wer es sich leisten konnte, kaufte sich Wohneigentum, sei es eine Eigentumswohnung, ein kleines Haus oder als Hausgenossenschaft oder Stockwerkeigentümergeinschaft eine grössere Liegenschaft. Nach dem Platzen der Internetblase begann dann wieder mehr Kapital in den Liegenschaftsmarkt zu fliessen, vor allem Immobilienfonds begannen verstärkt zu investieren. Zwar ist heute die Leerwohnungsquote mit 1.5% relativ hoch, doch sind die durchschnittlichen Mietpreise seit 2000 jährlich um 1-2% gestiegen.

Es besteht also weiterhin ein Bedarf an Wohnungen und vor allem an günstigen Wohnungen. Auch der Basler Regierung war der Mangel an Wohnraum bewusst, wobei die Optik hier weniger vom Angebot an günstigem Wohnraum, als von der Abwanderung ‚guter‘ SteuerzahlerInnen bestimmt war. Im Jahre 2001 rief sie im Anschluss an die im Rahmen der Werkstatt Basel durchgeführten Mitwirkungsverfahren als Teil des Aktionsprogramms Stadtentwicklung die Organisation ‚Logis Bâle‘ ins Leben. Ziel von Logis Bâle war und ist es, innerhalb von 10 Jahren im Kanton Basel-Stadt 5000 neue Wohnungen mit guter Qualität bereit zu stellen, wobei dies in erster Linie durch private Investoren geschehen soll. In der Halbzeitbilanz Ende 2005 wurde der Bau von 1750 Wohnungen festgehalten, aber auch festgestellt, dass sich die Bevölkerungszahl im Stadtkanton stabilisiert habe. Auch in den folgenden Jahren bewegte sich die Wohnungsproduktion deutlich unter den Zielwerten von Logis Bâle, während z.B. Zürich sein Ziel von 10'000 zusätzlichen Wohnungen inzwischen erreicht hat.

Woran liegt es, dass der Wohnungsbau in Basel nicht vom Fleck kommt?

- Als erstes verfügt Basel im Gegensatz etwa zu Zürich nur über geringe Landreserven, die für den Wohnungsbau verfügbar wären. Grosse Industriebrachen sind nur wenige vorhanden, so z.B. das Erlent- und das Stüchi-Areal, und deren Bebauung kommt nur schleppend voran oder sie sind – wie das Dreispitz-Areal – primär für andere Nutzungen reserviert.

- Die bestehende Wohnbausubstanz in Basel ist meist kleinteilig parzelliert, und ein Abbruch der oft gut erhaltenen Altbbausubstanz mit meist preiswerten Wohnungen in den Gründerzeit-Quartieren macht sowohl ökonomisch wie wohnungspolitisch wenig Sinn.

- Im Weiteren verhalten sich die gemeinnützigen Wohnbauträger – in Basel v.a. die Genossenschaften und die Christoph Merian Stiftung – von einzelnen Ausnahmen abgesehen äusserst passiv. Viele Genossenschaften dämmern immer noch selbstgenügsam in ihrer vor Jahrzehnten erstellten Siedlung vor sich hin, konservieren ihre ausserhalb jeglicher Marktkonkurrenz liegenden tiefen Mieten und beginnen sich allenfalls langsam um die Sanierung und Modernisierung ihrer Siedlungen zu kümmern.

- Und nicht zuletzt unternimmt auch der Kanton wenig, um die Wohnungsproduktion substanziell zu fördern. Eine materielle Wohnbauförderung existiert nicht, Logis Bâle beschränkt sich mit seinen knappen Ressourcen vor allem auf Marketingmassnahmen. Auch Immobilien Basel glänzt nicht gerade mit der Planung und Realisierung eigener Projekte.

Wie könnte eine soziale und aktive Wohnungspolitik in Basel aussehen?

- Die Genossenschaften müssen wieder vermehrt aktiv werden und neue Projekte anreissen. Erste Schritte in diese Richtung scheinen mit Gesprächen über die Zukunft des Schoren-Areals und des Kinderspital-Areals inzwischen im Gang zu sein. Für

neue und interessante Projekte genügt es aber nicht, nur auf Aktionen der bestehenden Genossenschaften zu hoffen, sondern es müssen auch Neugründungen unterstützt und aktiv gefördert werden, damit sozial innovative Projekte wie etwa das Zürcher Kraftwerk 1 auch hier möglich werden.

- Die gemeinnützigen Bauträger müssen aber auch von staatlicher Seite als ernst zu nehmende Partner akzeptiert und ihre auch in sozialpolitischer Hinsicht wichtige Arbeit entsprechend unterstützt werden. Die wohnungspolitischen Aktivitäten des Kantons und somit auch Programme wie Logis Bâle dürfen nicht nur auf gutbetuchte SteuerzahlerInnen schielen, sondern sollen die Verbesserung der Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zum Ziel haben.

- Die Unterstützung von Genossenschaften durch die öffentliche Hand muss sich primär auf Objekthilfe, also Wohnungsbau, und weniger auf Subjekthilfe, also die nachträgliche Verbillichung von Wohnungen konzentrieren. Auch von Genossenschaften erstellte Neuwohnung sind zwar wegen der Bau-

und Landkosten anfänglich relativ teuer, sie werden aber, da langfristig bewirtschaftet und zu Kostenmieten vermietet, tendenziell günstiger und tragen so zur Versorgung mit preiswertem Wohnraum und somit auch zur Senkung von Sozialkosten bei.

- Wichtigste Unterstützungsmassnahme der öffentlichen Hand ist in diesem Zusammenhang die Beschaffung und Abgabe von Bauland. Die Weitergabe von Bauland kann und muss im Baurecht und zu fairen Konditionen erfolgen. So sichert sich der Staat eine Option für längerfristige Entwicklungsmöglichkeiten – indem er Eigentümer des Landes bleibt – und trägt mit günstigen Baurechtszinsen zur Erstellung von bezahlbaren Wohnungen bei.

- Begrüssenswert ist das neu gestartete und auf drei Jahre angelegte Gebäudesanierungsprogramm des Amtes für Umwelt und Energie, mit welchem die Sanierung

Die wohnungspolitischen Aktivitäten des Kantons dürfen nicht nur auf gutbetuchte Steuerzahler schielen

Mein Blick auf Basel hat sich verändert

Interview

Brigitta Gerber war für ein Jahr die höchste Baslerin war. Sie hat dieses Amt mit viel Engagement und grosser Kompetenz wahrgenommen. Wir wollten von ihr wissen, wie sie ihre Amtszeit als Grossratspräsidentin erlebt hat. Die Fragen stellte Martin Flückiger.

M.F.: *Brigitta, wenn du auf dein Amtsjahr zurückblickst: Welche Begegnungen, welche Erfahrungen haben bei dir einen bleibenden Eindruck hinterlassen?*

Brigitta Gerber: Ich glaube, es macht keinen Sinn, einzelne Ereignisse zu nennen. Ich könnte mich nicht festlegen. Es war vor allem die Vielfalt, die gesamte Palette, die ein unglaublich grosses, soziales Engagement unserer Bevölkerung zeigt. Sie haben meinen Blick auf Basel verändert. Heute habe ich – ausser bei der Frage „Netzwerke, Gender und Karriere“ – hinsichtlich den ewigen Beschwerden, man sei in Basel so entfremdet, weniger Verständnis. Es sind vielleicht nicht meine Netzwerke, aber es gibt in dieser Stadt die unterschiedlichsten Möglichkeiten, sich zu engagieren und sich wohl zu fühlen. Die meisten Leute tun dies auch, und sie dürfen stolz darauf sein.

Als Ratspräsidentin konntest du zweimal das Zünglein an der Waage spielen und den Stichentscheid geben. Um welche Geschäfte ging es da?

Ja. Beim ersten mal ging es darum, ob jugendliche Straffällige ihre Strafe getrennt absitzen oder zusammen mit Erwachsenen untergebracht werden sollen. Bisher gibt es in der Schweiz keine speziellen Einrichtungen für Jugendliche, aber bis in zehn Jahren müssen alle Kantone entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen. Der Regierungsrat wollte vorerst noch abwarten und den Bedarf eruiieren. Dies hat mich nicht überzeugt. Aus grundrechtlichen Überlegungen hab ich den Stichentscheid zugunsten des Antrages von Tanja Soland gegeben.

Den zweiten Stichentscheid hatte ich im letzten Dezember bei der Verhandlung um



Brigitta Gerber berichtet über ihre Erfahrungen als Grossratspräsidentin.

das Steuerpaket. Ausserhalb der vier Grundpfeiler, über die sich die Parteien ja bereits geeinigt hatten, hat die Sachkommission des Grossen Rates noch eine spezifische Dividendenentlastung dem Paket hinzugefügt. Mit meinem Stichentscheid konnte diese wieder herausgestrichen werden. Inzwischen hat mir sogar eine Mehrheit der Basler Bevölkerung recht gegeben. So wurde bei der letzten Abstimmung die Unternehmenssteuerreform des Bundes – ebenfalls Dividendenbesteuerung – in Basel-Stadt mit beinahe 60% abgelehnt.

Neben der Leitung der Grossratssitzungen gehört es zu den Aufgaben einer Ratspräsidentin, Repräsentationspflichten wahrzunehmen. An ungefähr wie vielen Anlässen bist du während deines Amtsjahres aufgetreten? Und welche Anliegen hast du an

diesen Anlässen vor allem angesprochen?

Ich habe sie nicht gezählt. Die Einladungen und Unterlagen zu den Anlässen haben in sieben Bundesordnern Platz gefunden. Als oberste Vertreterin der Legislative und des Kantons habe ich vor allem zu Themen wie demokratisches Gleichgewicht zwischen den Generationen, Ausländerstimmrecht, aber auch die immer noch zu geringe Partizipation von Frauen im Parlament und in mittleren und oberen Führungsgremien gesprochen und/oder über die mangelnde demokratische Legitimation bei der Entwicklung unserer Metropolitanregion über drei Länder hinweg. Je nach Publikum auch über urbane Interessen im Bereich Umwelt – oder ich habe den GastgeberInnen auch einfach nur im Namen des Grossen Rates für das soziale Engagement in dieser Stadt danken dürfen.

Kannst du uns verraten, wo es den besten Wein gab?

Tja, ich gestehe es nicht gerne ein, aber beim Vorgesetztenessen der Zunft zu Weinleuten war der Wein ausserordentlich gut. Leider sind da keine Frauen zugelassen und können höchstens als Gast geladen werden, wenn sie zum Beispiel Ratspräsidentin sind. So können von uns Frauen theoretisch vielleicht ein paar, praktisch wohl ganz wenige in den Genuss einer Einladung kommen. Ich habe aber Menu und Weinfolge auf Papier aufbewahrt und gebe Neugierigen und KellereibesucherInnen gerne Auskunft.

Dein Amtsjahr ist nun zu Ende. Lachen deine Augen oder weinen sie?

Das Amtsjahr war, wenn auch einzigartig, zeitlich recht aufwändig. Ich war meist sechs von sieben Abenden der Woche als Präsidentin unterwegs. Ich freue mich deshalb ausserordentlich, wieder privat Freundinnen und Freunde zum Nachtesen einzuladen und wieder ins Kino oder Theater gehen zu können. Dann haben die ganzen Sitzungen und Reden natürlich auch viel Aufwand erfordert. Deshalb freu ich mich, mein Büro wieder anzukurbeln und inhaltlich zu arbeiten. Fazit: Ein Jahr ist toll, eine zeitliche Begrenzung sehr sinnvoll.

Brigitta, wir danken dir für dein grosses Engagement und wünschen dir für die Zukunft alles Gute.

Wohnungspolitik (Fortsetzung)

von Altbauten insbesondere in energetischer Hinsicht gefördert wird. Dass die Renovation von Altbauten nicht dazu missbraucht wird, mit ‚Pinselrenovationen‘ lediglich die Mieten anzuheben, dafür sorgt

die zurzeit hängige Initiative des MieterInnen-Verbands.

- Und nicht zuletzt sollte auch der Kanton resp. dessen Immobilienverwaltung ‚Immobilien Basel‘ dort eigene Projekte planen und realisieren, wo Land weder an private noch an gemeinnützige Investoren abgegeben werden kann oder wo spezielle Projekte für bestimmte Nachfragegruppen realisiert werden sollen.

Peter Würmli



Satirische Kolumne

Im Februar veröffentlichte das BastA-Mitglied Philipp Brugger seinen ersten Krimi: Damit er ein Büro mieten kann, gibt sich der ehemalige Hausbesitzer und jetzige Börsenspekulant Paul Faber als Privatdetektiv aus. Als sich zu seiner Überraschung tatsächlich Kunden melden, beginnen seine Abenteuer, die ihn zu jungen Hippies, Juppies, Maoisten und Monster bekämpfenden Jugendlichen führen. „Philipp Brugger ... schildert in 'Discount-Detektiv Paul Faber' mit skurrilem Humor und Basler Lokalkolorit dessen '6 1/2 Fälle'“ (Dagmar Brunner, Programmzeitung)

Discount-Detektiv Paul Faber - 6 1/2 Fälle, 96 Seiten mit 7 farbigen Illustrationen von Eli Zwimpfer, 15 Franken, erhältlich in der Buchhandlung Narrenschiff.

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.-
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

E-Mail:
Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Hallo Fussballfans. Manchmal setzt die Realität die Fantasie des Satirikers schachmatt. So geschehen in Bezug auf die Euro 08. Wenn ich vor einem Jahr behauptet hätte, alle Beizen in der Basler Fanmeile, die sich weigern, in ihrem Biergarten Carlsbergbier auszuschenken, werden eingezäunt, wäre das als gelungener satirischer Einfall durchgegangen. Nun wissen wir, dass genau dies der Fall ist. Basel segelt während der Euro 08 unter dem Bierlabel „Carlsberg City“. Die Uefa diktiert uns so intime Dinge wie die Marke unseres Feierabendbiers, und sie zeigt nicht einmal so viel Taktgefühl, wenigstens Feldschlösschen zu wählen, das ja auch Carlsberg gehört, also auch nicht Unser Bier wäre.

Sicherheitspolitisch hingegen bringt uns die Euro 08 enorm vorwärts. Im Freibad St. Jakob wird nicht mehr gebadet. Aus dieser Richtung brauchen wir keine Wasserstoffbomben zu befürchten. In den stadionnahen Wohngebieten wird nicht mehr flaniert. Wer reinkommt, wird registriert, und wer nicht registriert ist, fliegt raus. Quartiersberuhigung total. Auch im Stadion selber bleibt es ruhig. Fussballbegeisterte sind rar, da in der Hooligen-Datenbank vermerkt und folglich nicht zugelassen. Die Cervelat-Prominenz dominiert die Mutterzucker Kurve. Sollte die ein Transparent ent-

rollen mit der Parole „Rettet den Klöpfer!“ schreiten die Sicherheitskräfte unverzüglich ein, denn Bell gehört definitiv nicht zu den Hauptsponsoren der Euro 08. Tschechische Fussballfans werden während des Spiels ihrer Mannschaft in Käfige gesperrt. Hanspeter Gass entschuldigt sich post Festnahme persönlich und entlässt die Inhaftierten mit dem Tipp, als Perspektivenwechsel doch lieber den Basler Zoo zu besuchen.

Basel hat sich an die Uefa verkauft und hofft nun auf Kollateralgewinne. Während einer Fussballeuropameisterschaft wird ja so viel Wert geschöpft. Service-Angestellte schöpfen Erbrochenes aus WC-Schüsseln, Polizisten schöpfen Alkoholleichen aus dem Rhein und die ganze Nation schöpft Hoffnung: Köbi und die strammen Jungs werden es schaffen! Mit so viel Wertschöpfung kann nicht einmal die Messe Schweiz AG auftrumpfen. Darum gibt es ja auch kein Komitee „Fussballfest Ja – Uefa-Koloss Nein“!

Aber lassen wir uns ob so viel Schwarzmalerei nicht verfinstern. Wir haben ja noch die Fasnacht, und nach der Euro 08 können wir wieder frei entscheiden, ob wir uns als „Herzogtum de Meuron“ oder als „Novartis-Republik“ verstehen wollen.

B. Lödmann

Spendenaufruf

Liebe Leserin, lieber Leser

BastA! lebt nicht nur vom Engagement vieler Aktivistinnen und Aktivisten. Wir brauchen auch Geld. Vor allem Wahlkampagnen sind teuer. Die Gesamterneuerungswahlen Mitte September werden uns rund Fr. 40'000 kosten. Zwar steht BastA! im Moment finanziell gut da, wir schreiben schwarze Zahlen. Doch der erwähnte Betrag sprengt unser Budget. Wir sind auf Spenderinnen und Spender angewiesen und gelangen daher mit der Bitte an Sie, uns finanziell zu unterstützen. Ein Einzahlungsschein liegt bei. Wir danken es Ihnen mit einer gehaltvollen Wahlkampagne und engagierter Politik für soziale Gerechtigkeit, einen starken Service Public, eine wohnliche Stadt und einen sorgfältigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

PC 40-31244-5, BastA!, 4005 Basel

Impressum: Nr. 1/März 2008. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel